

Hintergrundinformationen

Seit vielen Jahren fordert das Netzwerk behinderter Frauen in Berlin eine Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung behinderter Frauen, eine Forderung, dessen Erfüllung nach den drohenden finanziellen Kürzungen in weite Ferne rückt. Einer Studie des Bundesfamilienministeriums aus 2011 zu Folge sind behinderte Frauen zwei- bis dreimal häufiger Opfer sexueller Gewalt als alle Frauen im Durchschnitt. Der Studie nach müssen besonders junge Mädchen mit Behinderungen vor körperlicher und sexueller Gewalt geschützt werden. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass behinderte Frauen besondere Unterstützung wie sexualpädagogische Beratung und gynäkologische Behandlung benötigen.

Schon der Verlust des gemeinnützigen Einsatzes des Berliner Gemeindedolmetschdienstes - eine Entscheidung des Frauensenesates im letzten Jahr - hat das FPZ stark getroffen, denn dadurch wurde der Zugang zu Dienstleistungen erschwert und Kosten für Übersetzungsleistungen auf Klient_innen abgewälzt, die sich diese oftmals nicht leisten können. Um die Versorgung dieser Klient_innengruppe aufrecht zu erhalten, hat sich das FPZ bereit erklärt, die Dolmetschleistungen für vietnamesische Klient_innen mit jährlich 3.000 Euro aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

Die Streichung von Finanzmitteln könnte auch das Aus für niedrigschwellige Projekte wie die zur Prävention von weiblicher Genitalverstümmelung und die medizinische Behandlung von Opfern bedeuten, die das FPZ seit mehr als 15 Jahren betreut. In diesem Rahmen werden u.a. Workshops für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene oder bedrohte Mädchen und junge Frauen angeboten. Zur öffentlichen Sensibilisierung und Entwicklung gemeinsamer Präventionsstrategien wurde 2009 der Runde Tisch „STOPP FGM in Berlin-Brandenburg“ vom FPZ initiiert. Der Gesundheitssenat hat seine Unterstützung bekräftigt, eine Schirmherrschaft dennoch abgelehnt.